

Maria von Bordes:
Euer Name lebt. Zur Geschichte der
Juden in der Region Bersenbrück,
 Rasch Verlag Bramsche 1997,
 407 S. (48,00 DM)

Es gibt inzwischen eine beachtliche Anzahl von Monographien über das Leben der Juden in den verschiedensten Kommunen, Regionen und Städten Deutschlands. Die meisten erschienen erst in den letzten 10 bis 15 Jahren. Aber immerhin – diese Lokalgeschichten brechen endlich das Schweigen der Deutschen über ihre unzähligen ermordeten Mitbürger – das Schweigen »vor Ort«, in den Kommunen, wo die Deutschen seit 1933 die Verbrechen an diesen Mitmenschen miterlebten, verschärft seit 1938 (Progromnacht), mörderisch seit 1941/42 seit dem Abtransport der Juden zur »Endlösung« in den Vernichtungslagern.

Wiewohl man geneigt und überwiegend sogar verpflichtet ist, den Autoren, Herausgebern und Sponsoren dieser lokalgeschichtlichen Darstellungen und/oder Dokumentationen Anerkennung und Dank auszusprechen für ihre oft sehr detaillierte Erinnerungsarbeit, läßt diese vielfach doch wesentliche Informationswünsche offen. Besonders schwer fällt es nachzuvollziehen, daß einige Monographien Geschichten der Juden publizieren, die 1933 aufhören. Und den bedeutsameren Darstellungen, denen über das Leben und Leiden der deutschen Juden unter dem Naziterror (und speziell im »ländlichen Raum«), mangelt es meistens an einem Blick in die sozialgeschichtlichen Hintergründe, die den Hitlerischen Antisemitismus erst verständlich machen. Oft handelt es sich um fast kommentarlose Sammlungen von Alltagsdokumenten: Familien und Geschäftsanzeigen der jüdischen Mitbürger, Schreiben von NS oder Polizeidienststellen, Deportationslisten u.ä. Eine der rühmliche Ausnahmen ist die vorzügliche Darstellung von S. Wittmer über die Regensburger Juden.

Der kritische Blick auf den – trotz aller Bemühtheit – insgesamt unbefriedigenden Zustand der meisten lokalhistorischen Darstellungen der Juden in Deutschland ist wichtig für künftige Versuche, aber hier ist er

unerlässlich, um die herausragende Leistung zu verdeutlichen, die Maria v. Borries vorgelegt hat mit ihrer wahrhaft exemplarischen Arbeit »zur Geschichte der Juden in der Region Bergensbrück« (heute Landkreis Osnabrück). Das umfangreiche Werk, im Interesse der guten Lesbarkeit der zahlreichen Faksimiles von amtlichen und persönlichen (Hand-) Schreiben im DIN A 4-Format und auf hochsatiniertem Papier ediert, nicht nur, am Beispiel dieser Region, eine optimal – alltagsgeschichtlich – dokumentierte kurze Sozialgeschichte der deutschen Juden im ländlichen Raum des 19. (!) und 20. Jahrhunderts (S. 17-79), nicht nur eine genaue Nachzeichnung der zunehmenden Demütigung und Unterdrückung der deutschen Juden 1933-41 und ihrer Ermordung in den Vernichtungslagern seit Ende 1941 (S. 201-353) – sie bietet zugleich eine mit Dokumenten hervorragend veranschaulichte Leidensgeschichte der jüdischen Familien dieser Region (S. 80-179). Ich möchte die Behauptung wagen, daß die mit diesem erschütternden Werk gelungene jüdische Geschichts-Vergegenwärtigung (denn allein schon aufgrund der über 300 faksimilierten Bilder und Dokumente ist es mehr als eine Geschichts-»Schreibung«!) nicht nur in die Hand jedes interessierten, gewissenhaften Deutschen gehört, sonder vor allem in die Hand jedes (Hochschul-)Lehrers, jeder Lehrerin, die sich um politische Bildung bemühen. Denn Max Horkheimer, den v. Borries zitiert, hat recht: »Die Historiker beschäftigen sich mit der Politik im Ganzen, nicht mit dem Entsetzen im Einzelnen, und die Leser der Historiker hören ungern das furchtbare Detail. Man will, wenn man sich ... in Welthistorie vertieft, nicht mit der Qual der Individuen molestiert werden, aus der sie besteht.«

Ich habe oben die Lokalgeschichts-Darstellungen kritisiert, die den sozialgeschichtlichen Hintergrund nicht beleuchten. Eben dies geschieht in Maria v. Borries Buch auf höchst eindrucksvolle Weise; es zeigt, sich wie noch im 19. Jahrhundert die Ackerbürger mit infamen Eingaben an die Obrigkeit versucht haben, die Ansiedlung auch nur eines einzigen Juden zu hintertreiben. Die aufgeklärte napoleonische Gesetzgebung im 1807 gegründeten Königreich Westfalen, die den Juden die bürgerliche Gleichberechtigung verschaffte,

wurde nach dem Sturz Napoleons zunächst wieder aufgehoben. Mit nur allzu anschaulichen alten Dokumenten belegt die Autorin die antisemitischen Animositäten, hinter denen sich meist der Futterneid der eingesessenen Gewerbetreibenden verbarg: »Stets hat das Dorf Badbergen seinen Ruhm darin gehabt, ordentliche Bewohner zu haben. Alle Bewohner ohne Ausnahme sind redliche Personen, die christlich leben. Sollen wir indes eine Judenfamilie aufnehmen müssen, so würden wahrlich alle Dorfeinwohner auf das Schrecklichste gekränkt und ihnen alle Lust zur Aufrechterhaltung der Reinheit der Sitten und löblichen christlichen Wandels benommen.« Weitverbreitete Vorstellungen über unsittlichen, »gottlosen Lebenswandel und Permanent betrügerische Geschäftspraktiken der Juden prägten, wie Bordes zeigt, ach noch in den letzten beiden Jahrhunderten das Denken breiter Schichten des Volkes und bereiteten den Boden für die Nazibarbarei, vom »volkskirchlichen« Antijudaismus kräftig unterstützt.

Was diese nationalsozialistische Barbarei betrifft, so besteht ja für die politische Bildung ein großes Problem ihrer Erinnerung und Verarbeitung in der Schwierigkeit, das Ausmaß der Drangsalierungen und die „unfaßbare“ Größenordnung der Vernichtungsaktion seit 1941 zu vermitteln.

Hier bietet das Borriessche Werk eine eindringliche Hilfe: Die Kurzbeschreibung des Leidensweges von 10 Familien deren meiste Angehörige schließlich in den Vernichtungslagern ermordet wurden. Die Fülle der beigegebenen Fotografien und Dokumente – nicht zuletzt die faksimilierten Kurzbriefe bzw. Postkarten aus den Konzentrationslagern – verhelfen denen, die die Arbeit der Erinnerung leisten wollen, zu einem Bewußtsein der Verbrechen und der Leiden, das durch keine »zusammenfassende« Gesamtdarstellung vermittelt werden kann.

FRITZ VILMAR

Jürgen Schebera:
Eisler, Eine Biographie in Texten,
Bildern und Dokumenten,
mit 235 Abbildungen, Schott Musik
International Mainz 1998, 336 S.
(68,00 DM)

Diese Bildbiographie von Jürgen Schebera ist die wichtigste, zum 100. Geburtstag Hanns Eislers 1998 erschienene Publikation. Als umfassendes Kompendium zu Leben und Werk des Komponisten hatte sie einen günstigen Start: Denn die im Jubiläumsjahr unübersehbare und unüberhörbare öffentliche Präsenz Eislers in Konzertsälen und Medien nicht nur unseres Landes wird auch Leseinteressenten motiviert haben. Scheberas neues Buch bietet eine wahre Fülle von Anregungen, sich Eisler verstehend zu nähern oder vorhandenes Verständnis zu vertiefen und zu erweitern.

Der Berliner Autor, seit 30 Jahren mit Hanns Eisler befaßt, hat neben seiner Dissertation (1978) über die Exilzeit bereits 1981 eine »Bild-Biographie« des Komponisten veröffentlicht. Die jetzige Publikation fokussiert gleichsam die Erfahrungen Scheberas wie der Eisler-Forschung in kritischer Sicht und im Kontext jüngster historischer Wandlungen.

Der häufig gestellten Frage »wer war Hans Eisler?« wird hier mit geradezu minutiöser Genauigkeit nachgegangen: Eine Vielzahl von Fakten, Dokumenten, Zeitzeugenaussagen belegt die verzweigten Wege und Lebensstationen Eislers in ihrem wechselnden historischen Umfeld anschaulich und informativ. Wie ein Tatsachenbericht wirkt Scheberas dichte und differenzierte Darstellung, die Biographischem und Künstlerischem komplex und chronologisch nachgeht. Seine Schrift liest sich wie ein Protokoll, in dem die Daten der Lebens- und Schaffensentwicklung Eislers sozusagen messerscharf verzeichnet sind – Nüchternheit, in der sich jedoch emotionales Engagement des Autors unmißverständlich mitteilt. Das ist spürbar an der liebevollen Sorgfalt, mit der die zum Teil neuentdeckten Materialien (wie Fotos oder Texte) aufbereitet worden sind. Auch die Headlines der zehn Kapitel – Eisler-Zitate zumeist, jeweils eine Grundhaltung kennzeichnend – sind einfühlsam ausgewählt. Sie fügen sich ins freundli-

che Image des Buches, das durch die vielen »Illustrationen« bestimmt wird: bekannte und bisher unbekannte Fotos (darunter zahlreiche Familienbilder), Aufführungankündigungen und Programmzettel, Hinweise auf Theaterpremierer, Schallplatten-Labels, Faksimiles von Notenhandschriften und Personaldokumenten.

Dokumentarischer Faktenreichtum macht einen wesentlichen Wert von Scheberas Schrift aus. Doch resultiert daraus nicht Vereinzelung, vielmehr entsteht, gestützt durch Zeitzeugnisse, das Bild des vielseitigen Komponisten und Musikers der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, dessen Schaffen und Wirken beträchtlichen Einfluß auf seine Zeit hatte: Der bedeutende Schönberg-Schüler, der die Soziale Isolierung bürgerlicher Konzertmusik kritisch hinter sich läßt und zu einer neuartigen eingreifenden, politisch intelligenten Kunst findet, die sich dem erreichten ästhetischen Niveau der Moderne nicht versagt. Der gemeinsam mit Ernst Busch und Brecht politisch Agierende, dessen »Kampfmusik« Ende der zwanziger Jahre Massen erreicht. Der Emigrant (1933-1948), der politisch und musikalisch, organisierend und komponierend unermüdlich tätig – durch viele Länder eilt, in den USA Aufnahme findet und sich schließlich, wie sein Bruder Gerhart, den Verhören vor dem »Committee of Unamerican Activities« stellen muß und ausgewiesen wird. Der Komponist keineswegs nur der DDR-Hymne, dem in der dogmatisch-herzlosen „Faustus-Debatte“ von 1953 sein Opernplan für alle Zeiten zerstört wird und der trotz solcher Demütigung seine politische Grundüberzeugung nicht aufgibt.

Schebera hat derlei Widerspruchspunkte konsequent ausgearbeitet und belegt. Zugleich hat er bewegend dargestellt, wie Kontinuität bei Hanns Eisler – wie bei vielen anderen seiner Generation – in Akzeptanz der »Dritten Sache« (Brecht/Eisler »Die Mutter«) bestanden hat, nämlich in der Treue zur Idee des neuen sozialen Gesellschaftskonzepts, wie es auch in der DDR in den Anfangsjahren auf der Tagesordnung stand. Dieses Festhalten an der »Dritten Sache« veranlaßte Eisler trotz aller persönlichen Tragik zu einer kritischen Loyalität wie sie sich in seiner Stellungnahme zu den Ereignissen des 17. Junis 1953 un in dem

weiteren Bemühen, politische Intelligenz mit musikalischen Mitteln zu fördern, äußerte (»Teppichweber von Kujan-Bulak«, »Ernste Gesänge«). Der Autor vertritt nicht die heute auch artikulierte Meinung, Eisler habe nach der vernichtenden Zurechtweisung von 1953 grundsätzlich resigniert bis zu seinem Lebensende.

Bemerkenswert ist, daß sich dieses Buch erstmals Eislers persönlichen Beziehungen und den Biographien seiner Familie ausführlich zugewandt hat. Den Eltern, den Geschwistern, den drei Frauen (wie auch Freunden und Mitarbeitern) sind informative Texte gewidmet. Wohl erstmals überhaupt berichtet Schebera über Eislers Freundin Hedi Gutmann, die 18 Jahre in einem Gulag der Sowjetunion zubrachte und erst 1957 dank des Einsatzes von Brecht und Eisler nach Berlin (DDR) zurückkehren konnte. Die politische Entwicklung der beiden Geschwister Elfriede und Gerhart gilt prononcierte Aufmerksamkeit. Makaber wirkt der Bericht über die Schwester, die als Ruth Fischer mit Arkadij Maslow zeitweilig einen Führungsplatz in der KPD innehatte, dann wegen ultralinken Positionen (1926) aus der Partei ausgeschlossen wurde und (1946/47) in den USA ihre Brüder als Kommunisten und Sowjetagenten denunzierte. Dies brachte ihnen genannte Verhöre, Gerhart Prozeß und Verurteilung, beiden aber auch internationale Solidaritätsbezeugungen ein. Fotos und Textdokumente belegen es eindrucksvoll.

Schebera hat seine neue Bildbiographie, die sich in vielen fundierten Werkbetrachtungen auch auf Ergebnisse der bisherigen Forschung stützt, mit einem umfangreichen Anhang ausgestattet, neben dem »Aparat«, der manche Informationen und weiterführende Literaturhinweise enthält, gibt es eine Dokumentation »Werk und Wirkung, 1962-1997«, eine Chronik zu Leben und Werk, eine systematisch geordnete Bibliographie, ferner Discographie und Filmographie, Personenregister und Werkregister. Somit kann das Buch auch als Nachschlagewerk wie als fundierte Quelle des Wissens dienen: beim Nachdenken und Forschen über Hanns Eisler, sein Leben und Schaffen in den dramatisch-tragischen Verläufen des 20. Jahrhunderts.

LIESEL MARKOWSKI

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.):
 Was treibt die Gesellschaft auseinander?
 Bundesrepublik Deutschland:
 Auf dem Weg von der Konsensge-
 sellschaft zur Konfliktgesellschaft,
 Band 1 (Reihe: edition suhrkamp.
 Bd. 2004) Suhrkamp Verlag Frank-
 furt/M. 1997, 654 S. (25,00 DM) (I)
 Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.):
 Was hält die Gesellschaft zusammen?
 Bundesrepublik Deutschland: Auf
 dem Weg von der Konsensgesellschaft
 zur Konfliktgesellschaft, Band 2
 (Reihe: edition suhrkamp. Bd. 2034)
 Suhrkamp Verlag Frankfurt/M. 1997,
 484 S. (25,00 DM) (II)

Wer die über 1100 Seiten durchgeackert hat, der findet einige Gewißheiten über die heutige Lage der Bundesrepublik bestätigt. Der Bielefelder Professor Heitmeyer hat sein Interessengebiet Konflikttheorie mit einem voluminösen Werk bereichert. Da bleibt wenig ausgespart: die Wirkungen der Globalisierung als Modernisierung der Ökonomie und Ethnisierung der Arbeit (Klaus Dörre), Armut trotz Wohlstand (Hans Hartwig Bohle), Demokratieunzufriedenheit und Systemgefährdung (Eike Hennig). Da wird über die Rolle der Medien, des Urbanen, der Familie, der Schule, der Religion oder der Kriminalitätsentwicklung nachgedacht. Michael Vesper schreibt über kapitalistische Modernisierung und gesellschaftliche (Des-)Integration, Friedhelm Hengsbach über den gekündigten Gesellschaftsvertrag, Claus Leggewie über ethnische Spaltungen und Ulrich Dubiel über Unversöhnlichkeit und Demokratie.

Ausgangspunkt dieser breiten Bestandsaufnahme von H.s Forschungsgruppe waren langjährige Studien zu Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Rechtsextremismus. Herausgekommen ist ein ebenso düsteres wie bezeichnendes Bild der Bundesrepublik. Es läßt wohl erkennen, was alles diese Republik auseinandertreibt, weniger, was sie künftig noch zusammenhalten kann.

Nur, die Ausgangsformel ist fraglich. Die unterstellte Wandlung von einer Konsens-

einer Konfliktgesellschaft geht von falschen Prämissen aus. Heitmeyer und seine Mitautoren – allerdings in unterschiedlichem Maße – verkennen die bundesdeutsche Geschichte seit 1949. Sie war keineswegs so konfliktfrei, wie suggeriert. Das, was früher als Klassenkampf bezeichnet wurde, hat stattgefunden, auch wenn die Konfliktparteien – vor allem diejenigen, die etwas zu verteilen hatten – der Staat und vor allem die Unternehmer – ihre Lehren aus der Weimarer Republik und der Existenz eines konkurrierenden Gesellschafts-systems gezogen hatten. Jener in den achtziger Jahren unter neoliberalen Vorzeichen aufgekündigte Gesellschaftsvertrag war kein Himmels Geschenk, sondern Resultat politischer und ökonomischer Auseinandersetzungen in der Alt-Bundesrepublik. Die wurden keineswegs nur an den Verhandlungstischen, sondern auch in harten Streiks und Aussperungen ausgetragen. Ebenso unterschätzen die Autoren die nicht nur idyllischen Fernwirkungen der Studentenbewegung und der neuen sozialen Bewegungen mit ihrem Streiten um Frieden, Umwelt oder Frauen. Diese Bewegungen haben seit den ausgehenden sechziger Jahren die politische Landschaft der Bundesrepublik und vor allem ihre politische Kultur recht nachhaltig verändert. Auch dies geschah nicht konfliktfrei, sondern in manchen Fragen – Kernkraft und NATO-Nachrüstung – auch bei brutalen Auseinandersetzungen.

Richtig ist zweifellos die Beobachtung, daß die Fähigkeit von Staat und gesellschaftlichen Kräfte zu einer integrativen Lösung in den ersten drei Jahrzehnten der Bundesrepublik weit wirkungsvoller waren. Mit der nachfordistischen Umstrukturierung der Wirtschaft, der zunehmenden Globalisierung und schließlich dem Wegfall des konkurrierenden Realsozialismus (von den Autoren kaum reflektiert) haben sich die Geschäftsgrundlagen tatsächlich grundlegend geändert. Wirtschaftsliberale wie konservative Ideologien und Handlungsstrategien erfaßten zunehmend wirtschaftliche wie politische Entscheidungsstrukturen und begünstigten mit einem Wandel der Produktionsweise und Sozialstruktur jene Prozesse, die bei den Autoren ernste Sorgen auslösen.

Heitmeyer kommt zu dem Schluß, »daß Desintegration zu einem Schlüsselbegriff zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklungen

avancieren wird«. Damit werden »weitreichende individuelle, soziale und politische Beeinträchtigungen und Beschädigungen auf die Tagesordnung gesetzt ... – allen angestregten Verdrängungsbemühungen zum Trotz.« (I/S. 9)

Emile Durkheim und R.R. Merton werden mit ihrem Konzept der Anomie bemüht. Diese wird verstanden »als strukturelles gesellschaftliches Problem ..., das sich in kulturellen Kontexten zeigt und in vielgestaltigen individuellen und kollektiven Einstellungen und Verhaltensweisen sichtbar wird: sei es an eindeutigen Indikatoren wie z.B. Kriminalität, Selbstmord, Sucht, Korruption; an latenten wie z.B. Sinnlosigkeitsempfindungen, Machtlosigkeit, Apathie oder Ehescheidungen und an ambivalenten, besonders umstrittenen Formen wie z.B. einigen Protestbewegungen, die als Problemanzeiger wirken können und denen z.T. sowohl sozialer Fortschritt als auch Gewaltpotential inhärent sind.« (I/S. 16) Oder knapper, die »Auflösung oder Infragestellung von Normen« (Wolfgang Glatzer/Mathias Bös, I/S. 560)

Dieses Konzept soll die grundlegende Einschätzung untermauern, daß der »rasante gesellschaftliche Wandel in den letzten Jahren ... die Wiedervereinigung, der Zusammenbruch des politischen Systems im Osten, die Globalisierung von Kapital und Kommunikation, die Massenarbeitslosigkeit sowie die kulturellen, religiösen und ethnischen Auseinandersetzungen ... – zu einer grundlegenden Verunsicherung und Ratlosigkeit geführt (haben), die alle Bereiche der Gesellschaft durchdringen und deren individuell wie kollektiv zerstörerischen Folgen bislang kaum angemessen wahrgenommen und diskutiert werden.« (I/S. 10) Fürwahr, hier leisten Heitmeyer und seine Autoren schon einen in der heutigen Bundesrepublik bemerkenswerten Beitrag. Gerade die Verweise auf die Ethnisierung der Arbeit räumen mit verkürzten Vorstellungen auf, daß nur negative Kopfgeburten Auslöser fremdenfeindlicher Gewalttaten seien.

Dem Eingeständnis massiver Krisen von Struktur, Regulation und Kohäsion in dieser Gesellschaft ist nur zuzustimmen. Sie lassen tatsächlich die alten sozialen Fragen, die sich in der zuallererst in Armut und sozialer Desintegration manifestieren, massiv zurückkehren. Allerdings, es ist zweifelhaft, ob sie

tatsächlich abwesend waren, oder nur verdrängt und im einem eher sozialstaatlich ausgerichteten System weitgehend beherrscht wurden, was zumindest für die Zeit von Mitte der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre gelten dürfte. Ebenso berechtigt sind die Verweise und Untersuchungen zur besonderen ost-deutschen Situation, so daß von einer sich vertiefenden Spaltung in »zwei Gesellschaften in einem Staat« (z.B. Dörre, I/S. 93) gesprochen wird (siehe dazu auch Glatzer, Bös, Wolfgang Kühnel).

Die Hoffnung der Autoren, herauszufinden, was die Gesellschaft zusammenhält, geht jedoch nicht auf. Dafür gibt es eigentlich auch keinen Grund, da für sie »gesellschaftliche Krisen (wie z.B. Massenarbeitslosigkeit) ... nicht in den Sinne gelöst (werden), daß diese Krisen selbst und ihre Ursachen verschwinden. Vielmehr arrangieren sich moderne Gesellschaften mit ihren Krisen, indem sie Modi entwickeln, auch mit ihnen weiterhin zu existieren.« (Bohle/Heitmeyer/Kühnel/Uwe Sander, I/S. 55) Dementsprechend wollen sie die Konflikte regulieren bzw. zivilisieren. (Sander/Heitmeyer, II/S. 449) In ihrer Bestandsaufnahme kommen sie in Auswertung aller Beiträge zu einem ganzen Fächer von Modi, um konfliktverschärfend und desintegrierend bzw. konfliktregulierend und integrierend zu wirken: kommunitive Individualität (Heiner Keupp), solidarische Gemeinschaftspraxis (Thomas Meyer), Politik gegen ethnische Gruppen (Leggewie), Gesellschaftsvertrag (Hengsbach), Exklusion als Interdependenzunterbrechung (Armin Nassehi), universale Moral (Gertrud Nunner-Winkler), zivilisierte öffentliche Kommunikation (Ulrich Sarcinelli), soziale Kontrolle und wohlfahrtsstaatliche Politik (Vester), ethnische Gruppenpolitik (Sighard Neckel) und Rituale (Hans-Georg Soeffner) (ebd., II/S. 458). So verschommen und abstrakt dies alles klingt und klingen soll, so wenig oder soviel werden diese einzelnen Modi zu leisten vermögen. Die Autoren sind selbst sichtbar desintegriert in der Gesellschaft, über deren Zustand sie unzufrieden sind und deren Explosion in Gewalt sie zu Recht fürchten. Was sie bieten, sind meist gutgemeinte Ansätze, die nach dem Grundsatz, besser wenig als gar nicht zu tun, engagierte Bürger und Institutionen zum Handeln gegen

die Krise, gegen die Desintegration aktivieren möchten. Aber es ist über weite Strecken – und so der Ansatz von Heitmeyer – zuallererst eine Frage des Ringens um Normen.

So abstrakt werden die Probleme nicht anzugehen und auch nicht zu lösen sein. Darum aber geht es letztlich. Hennig erkennt: »Wenn die Akzeptanz der Demokratie zu erheblichen Teilen an reale Leistungen des politischen Systems geknüpft ist, dann stehen schlechte Zeiten bevor, weil Demokratiezufriedenheit und Wirtschaftslage ... korrelieren«. (I/S. 167) Da reicht es tatsächlich nicht, »die Idee von der Gleichwertigkeit der Menschen und der Gewaltfreiheit der Verhältnisse und Beziehungen« zu propagieren. (Heitmeyer, II/S. 25) Es kommt augenscheinlich auch Ausgang dieses Jahrhunderts darauf an, über das Verändern dieser Verhältnisse und damit der Rahmenbedingungen, in denen Menschen existieren, nachzudenken und dementsprechend zu handeln. Die Kompliziertheit eines solchen Vorgehens zu begreifen, die neuen Herausforderungen zu präzisieren, dazu geben die vorliegenden Studien Anregungen. Aus meiner Sicht sind es vor allem drei Schlüsselbereiche, in denen politisch gehandelt werden muß und wo nicht auf ferne Einsichten der Betroffenen oder auf das schlechte Gewissen der Wirtschaft allein gehofft werden kann. Einsichten sind sicher gut, Handeln aber notwendig. Und da geht es um Interessenkonflikte, um den Verzicht auf betriebs- wie globalwirtschaftliches ökonomisches Handeln ohne Verantwortung für die Folgen. Ohne die Infragestellung des neoliberalen Grundsatzes von der Verzichtbarkeit staatlicher, politischer Regulierung wird keine Alternativpolitik weiterkommen. Aber darauf verzichten die meisten Autoren. Ein Orientieren allein auf intermediäre Strukturen hilft zunächst auch nicht weiter.

Erstens geht es um soziale Gerechtigkeit. Vester erkennt: »Die sog. ›politische Verdrossenheit‹ entzündet sich v.a. an der Selbstbezogenheit und an der Ferne der Eliten zu den Problemen sozialer Gerechtigkeit. Andererseits sind in den Milieus sehr wohl noch große ›alltagsethische Ressourcen‹, die für eine Politik sozialer Gerechtigkeit und Integration mobilisierbar werden könnten.« (II/S. 169) Erstaunlich wenig Aufmerksamkeit widmen

die Autoren in diesem Kontext der Schlüsselfrage für jede Reintegration der Gesellschaft, der Sicherung der Arbeit für alle Menschen als Grundlage ihrer Existenzsicherung und wesentlichen Bezugspunkt ihres Lebens. Bildung, Kultur, andere Selbstbetätigungen sind dabei nicht ausgeschlossen. Aber bei aller Umorientierung der Individuen und bei aller technologisch bedingten Beseitigung von produktiven Arbeitsmöglichkeiten bleibt Arbeit unverzichtbar. Das Spannende wird allerdings sein, wie sie zum einen umverteilt und zum anderen – gerade im bislang vollkommen unzureichend beachteten sozialen Sektor – bezahlbar gemacht wird.

Zweitens ist nicht nur einigen bestimmten Sozialtheorien die »Blindheit für Solidarität« als sozialintegrativem Faktor eigen. (Richard Münch, II/S. 95) Solidarität ist ein Gegenprogramm zu den heute dominierenden wirtschaftsliberalen Konzepten. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Verteidigung bzw. Wiedergewinnung des Sozialstaates entsprechend den Bedürfnissen einer sich wandelnden Gesellschaft. Natürlich geht es um Neuzsetzungen, und zweifellos werden zivilgesellschaftliche Strukturen staatlich-bürokratische Strukturen unbedingt ergänzen und wo möglich ersetzen müssen. Mit einer solchen Strategie wären auch jene Probleme – zumal bei einer Wiedergewinnung von Arbeit – angebar, die mit einer beherrschten Zuwanderung, mit ethnischen Unterschieden und Unterschieden in der Arbeitsfähigkeit von Teilen der Bevölkerung verbunden sind. Allerdings, eine Entgegensetzung oder ein Verzicht auf Arbeit oder Sozialstaat führt zu genau jenen Problemen, mit denen wir heute zu tun haben. Der katholische Sozialtheologe Hengsbach hat natürlich recht: Es geht um sich zuspitzende Verteilungskonflikte. (II/S. 220) Wer über Armut gut und gründlich redet, der muß auch über seinen Gegensatz Reichtum reden, seine Amoralität und wirtschaftliche Destruktivität.

Schließlich wird drittens sichtbar, daß es um jene Strukturen und Ziele, Ideen, Utopien gehen muß, die eine demokratisch verfaßte Gesellschaft insofern zusammenhalten, als sie ihre einzelnen Mitglieder auch für das Gemeinwesen in die Verantwortung nimmt. Demokratische Strukturen, gelebte Zivilgesellschaft sind dafür ausschlaggebend. Auch

dies ist kein isolierter Punkt neben anderen, sondern ebenso gleichberechtigt und wichtig wie Arbeit und Solidarität in der Gesellschaft. Um dorthin zu kommen, zu einem neuen Gesellschaftsvertrag, werden jedoch zweifellos harte Konflikte auszutragen sein. Soziale Bewegungen sind dafür nötiger denn je.

STEFAN BOLLINGER

Werner Ulrich, Johann Binder:
Armut erforschen. Eine einkommens- und lebenslagenbezogene Untersuchung im Kanton Bern, Seismo Verlag Zürich 1998, 390 S. (83,15 DM)

Armutsforschung, in der Bundesrepublik Deutschland seit längerem ein Forschungsgebiet von beachtlicher Präsenz, wofür Namen wie Kreckel, Hauser, Hanesch, Glatzer, Döring, Huster u.a. stehen, ist inzwischen auch in der Schweiz, dem reichsten Land Europas, zu einem wichtigen Forschungsthema geworden. Dies belegt u.a. die hier zu behandelnde Studie von W. Ulrich und J. Binder, die sich mit Fragen der Armutsentstehung, -analyse und -bekämpfung im Kanton Bern beschäftigt. Vorrangiges Anliegen der Autoren ist es, den »unbefriedigenden methodischen Stand der Armutsforschung zu verbessern und so dazu beizutragen, dass der Politik endlich jene elementaren statistischen Grundlagen zur Verfügung stehen, ohne die eine gezielte Armutsbekämpfung nicht möglich ist« (S. 9). Wesentlich dafür ist die Weiterentwicklung des herkömmlichen statistischen Konzepts zu einem »kombinierten Einkommens- und Lebenslagenkonzept der Armut«, das der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes besser gerecht wird. Ziel des Buches ist es, dieses verbesserte Konzept zu dokumentieren und seine analytische Brauchbarkeit zu testen. Die empirischen Befunde dafür beziehen sich auf das Referenzjahr 1987, was den wissenschaftlichen Wert der Studie keineswegs mindert, den an aktuellen Daten interessierten Leser jedoch, zumindest im Sinne einer ergänzenden Lektüre, auf andere Quellen verweist.

Das Buch beginnt mit der Frage, was Armut eigentlich heiÙe. Um hier zu einer befriedi-

genden Antwort zu kommen, werden drei Grundbegriffe unterschieden, denen sich dann jeweils bestimmte Bevölkerungsgruppen zurechnen lassen: »Einkommenschwäche«, »Armut im eigentlichen Sinne« und »(erfaÙte) Bedürftigkeit« (S. 14). Während sich die Ausführungen zur natürlich relativ verstandenen »Einkommenschwäche« weitestgehend mit ähnlichen Darstellungen anderer Autoren decken, gelangen Ulrich und Binder in bezug auf die »Armut im eigentlichen Sinne« zu bemerkenswerten Aussagen. Sie definieren diesen Begriff als »eine durch Unterversorgung in wesentlichen Lebensbereichen charakterisierte Lebenslage« (S. 17), was nicht nur Einkommens- und Konsumaspekte impliziert, sondern auch die Arbeits-, Wohn- und Umweltbedingungen, Gesundheit, Kommunikation, Mobilität, Freizeitaktivitäten, gesellschaftliche Teilhabe und Interaktion. Hierbei handelt es sich selbstverständlich auch um eine relative Kategorie. Diese ist aber zur Charakterisierung bestimmter Lebenslagen aufgrund ihrer Komplexität weitaus besser geeignet als eine allein am Einkommen orientierte Größe. Als theoretisches Paradigma wird das »Lebenslagenkonzept« unterstellt, dessen Operationalisierung jedoch, wie die weiteren Ausführungen zeigen, noch einiger Anstrengungen bedarf. Hervorhebenswert ist, daß die Autoren den aufwendigen Versuch unternehmen, das Lebenslagenkonzept systematisch mit dem traditionellen Einkommenskonzept der Armut zu verknüpfen, um so zu neuen und weiterführenden Aussagen zu gelangen. Als dritter Begriff wird schließlich die (amtlich) »erfaÙte Bedürftigkeit« eingeführt. »Im Unterschied zu Armut bemißt sich Bedürftigkeit ... nicht nur an der (durch relative Unterversorgung charakterisierten) Lebenslage, sondern auch an der faktischen Anerkennung eines Unterstützungsanspruchs durch die Praxis der öffentlichen Fürsorge« (S. 25).

Nach der für eine empirische Untersuchung unverzichtbaren Operationalisierung dieser Grundbegriffe erfolgt im zweiten bis fünften Kapitel dann die ausführliche Dokumentation der im Kanton Bern vorgenommenen Recherchen. Dabei wird angestrebt, zu Aussagen zu gelangen, die für die Schweiz repräsentativ sind, um daraus allgemeingültige Politikempfehlungen ableiten zu können. In 144 Ge-

meinden des Kantons wurden Datenerhebungen durchgeführt («Ausgangsstichprobe»), und fast 20 000 Haushalte waren in die Untersuchung einbezogen. Ermittelt wurde dabei eine repräsentative »Einkommensschwächequote« zwischen 23,1 und 24,0 Prozent. Das heißt, bei fast einem Viertel aller Haushalte reichen die verfügbaren finanziellen Mittel nicht aus, um das »soziale Existenzminimum« genügend zu decken (vgl. S. 140). Im folgenden Untersuchungsteil zur »eigentlichen Armut« gelangen die Autoren zu einem ähnlich bestürzenden Resultat, nämlich daß 16,8 bis 19,8 Prozent der Haushalte zur Armutsbevölkerung zu zählen seien (vgl. S. 257). Diese Daten sagen aus, daß bei einem Fünftel bis einem Sechstel der Bevölkerung Einkommensschwäche *und* Unterversorgung vorliegen. »Das Risiko einer erwachsenen Person mit Wohnsitz im Kanton Bern arm zu sein, betrug etwa 1 : 6« (S. 258). Dies ist schon ein erstaunliches Ergebnis! Die Autoren kommentieren: »... schlechte Schul- und Berufsbildung, bescheidene Verfügung über Wohnraum, Entsparen und Verzicht auf Versicherungen ... sind die häufigsten beobachteten Unterversorgungssymptome; mehr als ein Viertel aller Armen ist davon betroffen. Einschränkungen beim Essen, Vereinsamung..., Abhängigkeit von finanzieller Unterstützung ... sowie das Eingehen von Schulden sind die nächst häufig genannten Symptome« usw. (S. 275). Die Daten beschreiben Tatsachen, die man auf den ersten Blick nicht wahrnimmt, die aber wiewohl in der Schweiz Realität sind. Erwartungsgemäß geringer fällt die Quote der unterstützten Bevölkerung aus: Es sind nur 3,1 Prozent der Haushalte, die Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen (vgl. S. 280). Auffällig ist auch hier die gleichermaßen in Deutschland anzutreffende Infantilisierung der Armut, das heißt Kinder sind überproportional betroffen. Von Armut bedroht sind vor allem einkommensschwache Haushalte und Personen. Das höchste Armutsrisiko tragen unter 30jährige und über 70jährige, Alleinstehende und Menschen, die auf dem Lande leben. Die Studie läßt auch erkennen, daß die Armut im Laufe der Zeit nicht abnimmt, sondern – ebenso wie der Reichtum – wächst. Aussagen zur Kausalität dieses Phänomens sozialer Polarisierung finden sich je-

doch in der vorliegenden Arbeit nicht. Zum Schluß wird von den Autoren die Frage aufgeworfen, ob das Instrumentarium der Fürsorgeunterstützung in der Schweiz den Anforderungen genügt. Die Antwort ist ein klares »Nein« (vgl. S. 355).

ULRICH BUSCH

Ulrike Götting:

Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz, Verlag Leske + Budrich Opladen 1998, 312 S. (58,00 DM)

Die in den letzten Jahren publizierte und zwischenzeitlich kaum noch zu überschauende sozialwissenschaftliche Literatur zur Transformationsproblematik suchte von Anbeginn an vor allem zu erkunden, wie sich der Prozeß des Übergangs von autokratischen Planwirtschaften zu konkurrenzdemokratischen Marktwirtschaften vollzieht. Daß in dem wissenschaftlichen Diskurs der Topos Wohlfahrtsstaatlichkeit – verglichen mit den Aspekten Marktwirtschaft und Demokratie – keinen prominenten Stellenwert einnahm, ist indes, wenigstens in bestimmter Hinsicht, auffällig. Denn von den maßgeblichen politischen Akteuren in den Ländern Mittel- und Osteuropas wurde im anno mirabilis von 1989 ja eine Entwicklung einzuleiten versucht, die nicht nur zur Etablierung von Marktwirtschaft und liberaler Demokratie, sondern auch von Wohlfahrtsstaatlichkeit führen sollte, welche Vorstellungen die Schlüsselakteure in den Transformationsgesellschaften auch immer mit diesen Zielgrößen im einzelnen verbunden haben mochten. Wenn dem Thema Wohlfahrtsstaatlichkeit in der Transformationsforschung Beachtung geschenkt wurde, so erfolgte dies gewissermaßen auf »Nebengleisen«, indem vornehmlich die Frage diskutiert wurde, wie Sozialpolitik die sozialen Folgen des abrupten Wandels des Wirtschaftssystems kompensieren kann, um den Gefahren sozialer Verelendung und politischer Instabilität zu begegnen. Der Frage, wie das alte sozialpolitische Institutionengefüge den veränderten Erfordernissen entsprechend umzugestalten

bzw. wie ein kohärentes soziales Sicherungssystem neu zu bilden ist, wurde hingegen selbst nicht oder wegen der Beschränkung auf länder- oder politikfeldspezifische Teilaspekte bestenfalls ansatzweise nachgegangen. Vor diesem Hintergrund erheischt ein Buch Aufmerksamkeit, das vergangenes Jahr im Verlag Leske + Budrich unter dem Titel »Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa« erschienen ist und das es hier zu besprechen gilt.

Bei der Studie handelt es sich um die »leicht überarbeitete Fassung« der Dissertation von Ulrike Götting, die diese während ihrer Tätigkeit am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen verfaßt hat. Mit ihr wird bezogen auf Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn und Bulgarien der Versuch unternommen, den Strukturwandel, der sich dort zwischen Herbst 1989 und Ende 1995 in verschiedenen sozialpolitischen Bereichen (Arbeitsmarktpolitik, Rentenpolitik, Gesundheitspolitik, Armutspolitik, Familienpolitik, Wohnungspolitik, gesetzliche Mindestlohnpolitik, betriebliche Sozialpolitik) vollzogen hat, in sowohl länder- (cross-area) als auch politikfeldspezifischer (cross-policy) Perspektive miteinander zu vergleichen. Dies erfolgt vor allem in zweierlei Absicht: Zum einen geht es der Autorin darum, in Form einer systematisierenden Überblicksdarstellung eine erste »Zwischenbilanz« hinsichtlich Verlauf und Ergebnis des wohlfahrtsstaatlichen Strukturwandels zu ziehen. Zum anderen sucht die Autorin auf der Grundlage der festgestellten empirischen Befunde auch einen theoretischen Erkenntnisgewinn zu erzielen. Von besonderem Interesse ist für sie, erstens, die Beantwortung der Frage, welche ökonomischen und politisch-institutionellen Faktoren maßgeblich sind für die in puncto Tempo, Reichweite und Richtung des Strukturwandels festgestellte Länder- und Politikfeldvarianz. Zweitens geht Götting, anknüpfend an dem vielbeachteten Ansatz von Gøsta Esping-Andersen zur Typologisierung von Wohlfahrtsstaaten, der Frage nach, ob die in Rede stehenden Transformationsgesellschaften Mittel- und Osteuropas sich einem der wohlfahrtsstaatlichen Regime (liberal, konservativ, sozialdemokratisch) schon heute eindeutig zuordnen lassen bzw. in welche Richtung die

Entwicklung mittel- bis langfristig verlaufen wird.

Ihr Vorhaben versucht Ulrike Götting in mehreren, logisch aufeinander aufbauenden Schritten zu verwirklichen. So wird im ersten Teil der Arbeit (Kapitel 1 bis 3) allgemein in die Thematik eingeführt, der Forschungsgegenstand näher erläutert, orientiert am »akteurzentrierten Institutionalismus« (Mayntz/Scharpf) der »theoretisch-konzeptionelle Orientierungsrahmen« für die empirische Analyse entworfen sowie das ordnungspolitische Modell und die Realität des als »staatspaternalistisch« charakterisierten wohlfahrtsstaatlichen Status quo ante der Transformationsgesellschaften in groben Zügen dargestellt. Der zweite Teil der Arbeit (Kapitel 4 bis 6) ist der empirischen Untersuchung gewidmet, die hauptsächlich auf der Auswertung von Sekundärquellen basiert, ergänzt durch die Analyse von Rechtsvorschriften, Presseberichten und Statistiken sowie durch Experteninterviews mit Akteuren aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft. Im dritten und letzten Teil der Arbeit (Kapitel 7) werden schließlich die Untersuchungsergebnisse interpretierend bilanziert und durch einen Ausblick auf die sich möglicherweise herausbildenden wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungspfade arrondiert.

So es sie noch gibt, dürften bloß unverbesserliche Kunder »blühender Landschaften« und unbelehrbare Apologeten »nachholender Modernisierung« von der Kernaussage der Göttingschen Studie überrascht sein, daß nämlich von den weitreichenden Reformabsichten vieles nicht verwirklicht und, summa summarum, bislang nur ein gradueller Strukturwandel eingeleitet worden ist. Insgesamt gesehen sei der Reformprozeß am entschiedensten in Tschechien vorangetrieben worden, wo man substantielle Veränderungen in fast allen sozialpolitischen Teilbereichen verzeichnen könne, während hingegen in Polen und mehr noch in Bulgarien die Umgestaltung »sehr begrenzt« geblieben sei. Bei einem ins Detail gehenden Blick zeige sich jedoch, daß dieser Befund zu differenzieren ist. So sei zum Beispiel, was die Reichweite der Reformen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik anbelange, der Unterschied etwa zwischen Tschechien und Bulgarien (aber auch den anderen Ländern) gering. Beide könnten »signifikante

Reformaßnahmen« vorweisen; allerdings differierten sie bezüglich der institutionellen Leistungsfähigkeit. Für Götting heißt dies, daß Ende 1995 die sozialen Sicherungssysteme in den von ihr untersuchten Transformationsländern eine »komplexe Mischform« angenommen haben, bei der Elemente des alten wohlfahrtsstaatlichen Regimes und neue Strukturprinzipien, vor allem Muster der konservativen und liberalen Regimetypen, nebeneinander bestehen. Die untersuchten Länder gehören mithin nicht mehr zu der, um es mit Castles zu formulieren, gleichen staatspaternalistischen wohlfahrtsstaatlichen »Nationenfamilie«, aber sie lassen sich nach Götting auch nicht dem liberalen, konservativen oder sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaatsregime eindeutig zuordnen. Auch wenn sich damit die anfänglichen Erwartungen der Reformen bezüglich einer raschen »Rückkehr nach Europa« nicht erfüllt hätten, müsse die von manchem gehegte Befürchtung, die Transformationsgesellschaften würden zunehmend auf das sozialpolitische Entwicklungsniveau der Vorkriegszeit herabsinken, ebenso als unbegründet zurückgewiesen werden wie die Mutmaßung, diese Länder seien mit denen Lateinamerikas auf die gleiche Stufe zu stellen. Im Area-Vergleich zwischen westeuropäischen und lateinamerikanischen Ländern nähmen sie bislang vielmehr eine Zwischenstellung ein, wobei es eine offene Frage sei, in welche Richtung die Entwicklung künftig verlaufen werde und ob sie sich weiterhin, wie während der real-sozialistischen Zeit, einem gemeinsamen wohlfahrtsstaatlichen Regimetypus zuordnen lassen oder eventuell sogar einen neuen Typus repräsentieren werden.

Selbst wenn man der Interpretation nicht in allen Punkten folgen will, ist dennoch zu konzedieren, daß Göttings Arbeit durch die Breite ihrer Anlage und aufgrund der verarbeiteten Fülle von Material und Literatur dazu beiträgt, den Prozeß des wohlfahrtsstaatlichen Strukturwandels in den Transformationsgesellschaften besser zu verstehen. Sie hat damit einen wichtigen Schritt unternommen, die komparative Wohlfahrtsstaatsforschung und die Transformationsforschung stärker aufeinander zu beziehen. Allerdings liegt auch gerade hier eine der zentralen Schwachstellen der Arbeit, da Götting – und dies durchaus in Ein-

klang mit dem mainstream in der Transformationsforschung – mit einem Transformationsbegriff operiert, der jegliche analytische Karätigkeit vermissen läßt. Kümmeren dürfte dies aber insbesondere nicht jene Leser, die mit der Realität in Mittel- und Osteuropa wenig vertraut sind, denn diesen bietet sie auf jeden Fall einen instruktiven Überblick.

MICHAEL WOLF

Jean Ziegler:

Die Barbaren kommen. Kapitalismus und organisiertes Verbrechen,
C. Bertelsmann Verlag München
1998, 282. S. (39,90 DM)

Um das Resümee gleich am Anfang vorwegzunehmen: Dieses Buch ist eine Enttäuschung. Und dies, obwohl der Autor als Professor für Soziologie und Nationalrat im Parlament der Schweizer Eidgenossenschaft durchaus als ausgewiesener Kritiker des modernen Kapitalismus gilt, und bereits mit einer Vielzahl von bemerkenswerten Schriften über die Dritte Welt und zuletzt auch über »Die Schweiz und das Gold der Toten« (1997) hervorgetreten ist.

Zwar verspricht zumindest der Untertitel, daß es auch dieses Mal um eine profunde Auseinandersetzung mit den systemischen Defiziten marktwirtschaftlich-kapitalistischer Gesellschaften gehen soll, aber bereits die im ersten Teil des Buches vorgestellten eher »theoretischen« Überlegungen lassen gerade das wesentliche – nämlich theoretischen Tiefgang und Stringenz – vermissen. Statt die hin und wieder eingestreuten, durchaus interessanten Ansätze zur Rolle von weltwirtschaftlicher Globalisierungstendenz (vgl. S. 26ff.) und neoliberaler Deregulierungsideologie (vgl. S. 37ff.) in ihre Bedeutung für die Entfesselung kapitalistischer Urinstinkte aus dem rechtlichen Regelwerk demokratischer Gesellschaften ernsthaft weiter zu verfolgen, enthüllt die offensichtliche Fixierung auf die mehr oder weniger spektakulären Einzelaktivitäten von Berufskriminellen, schnell, den eigentlichen Zweck des Buches. Es geht keineswegs darum, das organisierte Verbrechen – wie be-

hauptet – tatsächlich als »höchstes Stadium des Kapitalismus« (S. 41) zu verhandeln, vielmehr geht es um die Rettung des wohlfahrtsstaatlich-kapitalistischen »Abendlandes«, und zwar nicht etwa vor den kriminellen Monstern, die es beständig selbst gebirt, sondern vor den »Wölfen der östlichen Steppen« (als deren Wiege unter anderem die Rote Armee ausgemacht wird) und vor den »hochwürdigen Herren« und ihren »schwarzen Einheiten« aus dem Süden (insbesondere aus der arabischen Welt). Um sich für den Rest des Buches einigermaßen legitimiert nahezu ausschließlich dem voyeuristischen Schauer professionell exekutierter Greultaten hingeben zu können, wird schließlich sogar der für die Verortung des organisierten Verbrechens unverzichtbare Zusammenhang zur kapitalistischen Wirtschaftsweise gekappt. Denn »dieses Buch befaßt sich ... ausschließlich mit dem grenzüberschreitenden organisierten Verbrechen« (S. 56), keineswegs jedoch mit der Wirtschaftskriminalität. Obwohl also weiter vorn eindrucksvoll die unheilige Dreieinigkeit von widersprüchlichen Organisationsformen innerhalb der »Kartelle des organisierten Verbrechens« – unternehmerische Profitmaximierung, militärische Hierarchie und ethnische Homogenität – herausgestellt wurde (vgl. S. 19ff.), wird schließlich das zentrale Bindeglied von organisiertem Verbrechen und kapitalistischer Gesellschaft – die Wirtschaftskriminalität – zur Nebensache erklärt.

Was folgt, könnte der Leser genauso gut der Boulevardpresse entnehmen. Der einzige Vorteil des Buches besteht darin, daß alles gut sortiert präsentiert wird. Nachdem, trotz einer sehr informativen Darstellung der »traditionellen süditalienischen Mafia« (vgl. S. 46ff.), die deutlich die gravierenden Unterschiede zu den Strukturen der moderneren organisierten Kriminalität aufzeigt, zunächst alle Formen krimineller Organisationen umstandslos unter dem Rubrum »Mafiabanden« zusammengeworfen werden, wird dann in einiger Ausführlichkeit geschildert, wie sich einzelne Banden – vorzugs halber aus dem Osten und dem Süden – die Beute abjagen und dabei wechselseitig ihr Personal reduzieren. Morde, Drogen- und Menschhandel, verbotenes Glücksspiel und Korruption von Staatsdienern säumen den Weg des global agierenden Verbrechens.

Wahrscheinlich mehr als 90 Prozent der beschriebenen Untaten betreffen allerdings ausschließlich die kriminelle Sphäre selbst. Da kann dann doch die pathetische Klage Zieglers über die weitgehende »Ignoranz und Gleichgültigkeit« (vgl. S. 22 passim) der Bevölkerung gegenüber den Trubulzen in dieser »Unterwelt« nur verwundern – warum sollte sich der »Normalbürger«, der mit dem Kampf gegen die alltäglichen Zumutungen des »domestizierten« Kapitalismus schon genug zutun hat, noch über die unfeinen Umgangsformen im Intermundium der organisierten Kriminalität ereifern?

Aber darum geht es Ziegler im Kern auch gar nicht. Der »gewöhnliche« westliche Kapitalismus wird bei ihm als Hort von Wohlfahrtsstaatlichkeit und (parlamentarischer) Demokratie glorifiziert, der vom »wildem« Kapitalismus von außen (!) bedroht wird. Und dies dank dessen krimineller Energie zur Profitmaximierung. Der Profit allerdings wird im Westen gemacht. Warum das funktioniert – warum astronomische Gewinne aus dem Drogenhandel realisiert werden können, warum Schleuserbanden Millionen einstreichen, warum der Schmuggel von Waffen und Nuklearmaterial mindestens genauso profitabel ist wie der illedale Handel mit Rohstoffen und Edelmetallen –, das Problem der »Nachfrageseite«, die zweifellos durch westliche Akteure gebildet wird, wird nirgends aufgeworfen. Dies überrascht schon deshalb nicht, weil die »normale« Wirtschaftskriminalität – wie gesagt – gar nicht behandelt werden soll. Derartig einäugig ist eine ernsthafte Erörterung des Zusammenhangs »Kapitalismus und organisiertes Verbrechen« jedoch kaum zu leisten. Alles in allem handelt es sich daher um ein lamoriantes und voyeuristisches, über weite Strecken der »Faszination des Bösen« erlegenes Buch, das das selbst gestellte, spektakuläre Thema gründlich verfehlt.

ARNDT HOPFMANN